

BUNDESTAGSWAHL 2021

Versorgungsstrukturen und Pflege – diese Kernthemen der Gesundheits- und Sozialwirtschaft wurden durch die Corona-Pandemie einmal mehr in den Fokus gerückt, gesellschaftlich und politisch. Die Pandemie hat die Stärken und Schwächen noch klarer aufgezeigt, die Herausforderungen deutlich gemacht. Dies vorausgeschickt, ist die Erwartungshaltung an jede kommende Regierung, diese Themen proaktiv anzugehen. Doch welche Positionen vertreten die äheutigen Bundestagsparteien zu diesen Themenschwerpunkten? Beziehungsweise was verraten sie von ihren Positionen in ihren Programmen für die kommende Bundestagswahl?

Die Positionen der Bundestagsparteien zu den Bereichen Gesundheitswirtschaft, Pflege und Eingliederungshilfe



Unsere tabellarische Übersicht fasst die wichtigsten Elemente aus den Wahlprogrammen der sechs Bundestagsparteien kompakt zusammen. Es handelt sich hierbei um eine Auswahl ohne Anspruch auf Vollständigkeit – ohne Prägung, sondern mit dem Bemühen um höchstmögliche Objektivität. Alle Informationen sind den online bereitgestellten Wahlprogrammen entnommen, jeweils verfügbar auf den Seiten der Parteien.

Wir wünschen Ihnen eine gute Orientierung und uns allen einen Wahlausgang, der die Zukunftsfähigkeit Ihrer Branchen erhält und stärkt.

CDU/CSU

Stärkung der Grund- und Regelversorgung vor allem im ländlichen Raum und deren Berücksichtigung in der Krankenhausfinanzierung

Bündelung klinischer Angebote für komplexe Behandlungen zur Sicherstellung der Patientensicherheit

Digitale Investitionen (vgl. KHZG) weiterführen und stärken

Digitaler, wohnortnaher und möglichst barrierefreier Weg zu Ärzten/Notfallversorgung, Apotheken etc. für alle Bürger:innen

Schaffung besserer Angebotsstrukturen für Pflegebedürftige und Pflegefachpersonal sowie pflegende Angehörige/Stärkung der Trägervielfalt – bessere Angebote durch Wettbewerb

Einrichtung einer Bundespflegekammer, um die Berufsgruppe an der Selbstverwaltung im Gesundheitsrecht zu beteiligen

Förderung der betrieblichen Pflegezusatzversicherung und Veränderung des Pflegevorsorgefonds bis 2050

Dynamisierung des Pflegegeldes (auf Grundlage des Lohnentwicklung)

Zusammenfassung der Leistungen für Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie Betreuungsleistungen in einem Budget

Stationäre Pflegeeinrichtungen sollen in ihrem Umfeld, die nicht Bewohner der jeweiligen Einrichtung sind

Attraktivere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte (insb. verlässliche Gestaltung der Dienstpläne) Reduzierung der Bürokratie => mehr Zeit für Patient:innen

Unterstützung quartiersbezogener und sektorenübergreifender Versorgungskonzepte durch Länder und Kommunen, inkl. neuer Wohn- und Betreuungsformen (z. B. Mehrgenerationenhäuser)

Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsgesetzes und Stärkung des betrieblichen Eingliederungsmanagement

Ziel: inklusiver erster Arbeitsmarkt

WfbM sind wichtig => Neuberechnung des Werkstattlohns für Menschen mit Behinderung; Aufhebung der Deckelung des Arbeitsförderungsgeldes (höherer Verdienst für Beschäftigte, finanzielle Entlastung der Werkstätten)

SPD

Überwindung von Sektorengrenzen und Neuordnung der Rollenverteilung zwischen ambulanten und stationären Sektor; Vernetzung medizinischer, psychotherapeutischer und pflegerischer Berufe => Öffnung von Krankenhäusern für ambulante, teambasierte und interdisziplinäre Formen der Versorgung

Bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Kliniken, Erhalt der Versorgung inkl. Ausbau integrierter Versorgungszentren im ländlichen Raum sowie integrierte, bessere Notfallversorgung

Prüfung und, wenn nötig, Abschaffung von Fallpauschalen

Beenden der Kommerzialisierung im Gesundheitswesen; Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, sollen verpflichtend und weitestgehend wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen.

Zentrale Rolle öffentlicher Krankenhäuser bei der Stärkung des Gemeinwohls

Vernünftige Arbeitslöhne und gute Arbeitsbedingungen als Grundlage zur Bekämpfung des Pflegenotstandes, Erhöhung der Mindestlöhne über die Pflegemindestlohnkommission

Einführung allgemeinverbindlicher Branchentarifverträge; Bindung der Refinanzierung von Pflegeleistungen an die Geltung von Tarifverträgen

Voranbringen eines neuen Vorschlags für einen neuen, bundesweiten und einheitlichen Personalbemessungsrahmen

Bedarfsgerechter Ausbau der Pflege-Infrastruktur

Barrierefreiheit unverzichtbar – das gesellschaftliche Leben muss auf allen Ebenen für Menschen mit Behinderung inklusiv gestaltet werden (Ziel: Bundesprogramm zur Barrierefreiheit)

Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen und Weiterentwicklung der Ausgleichsabgabe

GRÜNE

Übergreifende Planung ambulanter und stationärer Angebote zur Verbesserung der Versorgung in Stadt und Land; Förderung von Gesundheitsregionen mit enger Anbindung an die Kommunen

Abschaffung der Finanzierung ausschließlich nach Fallzahlen – Einführung einer Strukturfinanzierung und Reformierung der verbleibenden fallzahlabhängigen Vergütungsteile

Gemeinsames Abrechnungssystem für ambulante und stationäre Leistungen und interdisziplinäre Zusammenarbeit durch die Einrichtung kommunaler Gesundheitszentren

Umwandlung von Krankenhäusern, die durch fehlende Auslastung nicht die nötige Qualität gewährleisten können, in lokale Notfall-, Gesundheits- und Pflegezentren

Zusammenlegen der Notrufleitstellen und Unterstützung der Notaufnahmen durch Hausärzte nachts und an Wochenenden

Förderung von ambulanten Wohn- und Pflegeformen statt Großeinrichtungen für Pflege

Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für Quartierspflege inkl. einer Anschubfinanzierung für Kommunen

Erhöhung der Anzahl von Pflegekräften zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen – verbindliche Personalbemessung, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit, bessere Löhne und eine 35-Stunden-Woche

Ressortübergreifender Inklusionsplan für Menschen mit Behinderung, damit diese alle dringend benötigten Gesundheitsleistungen erhalten (Reduzierung bürokratischer Hürden)

Weiterentwicklung des BTHG: Inklusiver Arbeitsmarkt; Unterstützung von Arbeitgeber:innen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, Wechsel von Werkstätten in allgemeinen Arbeitsmarkt fördern und Menschen, die das Budget für Arbeit nutzen, in der Arbeitslosenversicherung absichern

* Die Reihenfolge der Parteien entspricht dem Wahlzettel und richtet sich nach dem Erhalt der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2021. Die Spaltenbreite ergibt sich aus dem Textumfang und beinhaltet keinerlei Wertung.



KRANKENHÄUSER/ VERSORGUNGS- STRUKTUREN



PFLEGE



INKLUSION

FDP

Abbau der Sektorenbarriere zwischen ambulanten und stationären Bereichen

Verbesserung der Investitionsfinanzierung für maximal-versorgende und kleinere spezialisierte Krankenhäuser

Modernisierung des Rettungsdienstes und bedarfsgerechtere und vernetztere Notfallversorgung

Ablehnung von Ungleichbehandlung verschiedener Träger sowie Abschaffung der Planungshoheit der Krankenkassen für die Versorgungsstrukturen

Pflege soll durch Bürokratieabbau, bessere Arbeitsbedingungen und Digitalisierung attraktiver und besser gestaltet werden

Abkehr von den reinen Pflegepersonal-Untergrenzen – stärkere Orientierung am Bedarf der Menschen

Einführung eines liberalen Pflegebudgets (Überführung der Leistungsansprüche der jew. Pflegegrade in monatliches Pflegebudget, über das unbürokratisch und transparent verfügt werden kann)

Unterstützung und niedrigschwellige Beratungsangebote für pflegende Angehörige (Telepflege).

Wahlfreiheit zwischen Regelunterricht und speziellen Klassen/Schulen für Eltern und ihre Kindern

Gleiche Chancen für Aufstieg durch Leistung schaffen - unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung oder Religion

Bessere Arbeitsvermittlung für Menschen mit Behinderung

AFD

Förderung der Versorgung im ländlichen Raum durch Aufhebung der Kopfpauschalen-Vergütung und Deckelung im Abrechnungssystem; finanzielle Förderung für Medizin-Studenten, die sich für die Arbeit im ländlichen Raum verpflichten

Abschaffung der DRG und Einführung einer Individualfinanzierung für Krankenhäuser

Einführung von Kurzzeitpflegeplätzen in Krankenhäusern, die durch die Pflegeversicherung finanziert werden

Beschränkung der Trägervielfalt im Krankenhausbereich für private Träger auf 60%

Einführung einer leistungsgerechten, angemessenen Bezahlung für Pflegekräfte über einen Flächentarif

Bundeseinheitliche gesetzliche Personaluntergrenze für Pflegeeinrichtungen mit einer Pufferregelung bei deren kurzzeitiger Überschreitung

Mehr Unterstützung für häusliche Pflege durch mehr Pflegegelder für Angehörige; weitestmögliche Vermeidung stationärer Pflege

Ausländisches Fachpersonal muss mindestens über das Sprachniveau C1 verfügen

Generalisierte Pflegeausbildung stellt eine Fehlentwicklung zu Lasten der Pflegebedürftigen dar

Erhalt von Förder- und Sonderschulen ("keine ideologisch motivierte Inklusion")

Schaffung von Anreizen (Bonussystem) für Arbeitgeber für die Einrichtung von mehr Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung, gekoppelt mit fairer Entlohnung

Soziale Assistenz für eine bessere Betreuung von Menschen mit Behinderungen in Krankenhäusern und Reha-Einrichtungen

LINKE

Personalabbau und Outsourcing sollen gestoppt und rückgängig gemacht werden

Abschaffung der Fallpauschalen und vollständige Refinanzierung der Betriebskosten durch die Krankenkassen

Überführung der Krankenhäuser in kommunale und gemeinwohlorientierte Hand, Einführung eines Gewinnverbots

Schaffung regionaler Versorgungszentren als Mittelpunkt des ambulanten Sektors

Erleichterung des Zugangs zu Gesundheitsleistungen durch Barrierefreiheit und leicht lesbare Patienteninformationen

Gesetzliche Personalbemessung für alle Berufe im Krankenhaus und in Pflegeeinrichtungen

Je 100.000 zusätzliche Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen und 500 Euro höheres Grundgehalt

Abschaffung des Risikozuschlags als gesetzlich verankerter Gewinnanspruch

Einführung einer Pflegebedarfsplanung analog zur Krankenhausbedarfsplanung – Bund und Länder müssen ihrer Investitionspflicht nachkommen

Entlastung pflegender Angehöriger durch wohnortnahe, nichtkommerzielle und von solidarischer Pflegevollversicherung abgedeckte professionelle Tages- und Kurzzeitpflege; Lohnersatzleistungen

So wenig „Sonderarbeitswelten“ (WfbM) wie nötig; Förderung von Inklusionsunternehmen mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Anhebung der Beschäftigungsquote für Unternehmen auf 6%

Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns

Bedarfsdeckende sowie einkommens- und vermögensunabhängige Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen in allen Lebensbereichen nach bundesweit einheitlichen Kriterien und durch Bundesmittel finanziert; Einführung eines Teilhabegeldes

* Die Reihenfolge der Parteien entspricht dem Wahlzettel und richtet sich nach dem Erhalt der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2021. Die Spaltenbreite ergibt sich aus dem Textumfang und beinhaltet keinerlei Wertung.



KRANKENHÄUSER/ VERSORGUNGS- STRUKTUREN



PFLEGE



INKLUSION